



Evangelische Kirche
in Deutschland



11.04.2019
061a

Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck (Essen),
Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und
soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz,
bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Gemeinsamen Wortes
„Vertrauen in die Demokratie stärken“
am 11. April 2019 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich freue mich, dass Sie heute zu uns gekommen sind und dass wir Ihnen das *Gemeinsame Wort zur Demokratie* unserer beiden Kirchen vorstellen können. Wie Professor Anselm danke ich herzlich den Mitgliedern der Ökumenischen Arbeitsgruppe für ihr Engagement.

I.

Wir veröffentlichen unser Gemeinsames Wort *Vertrauen in die Demokratie stärken* in Zeiten, in denen es oftmals an Vertrauen zu mangeln scheint. Umfragen deuten seit einigen Jahren an, dass das Vertrauen in staatliche und demokratische Institutionen einerseits sinkt und andererseits ohnehin ungleich verteilt ist. Aus einer Studie der Bertelsmann Stiftung vom Januar 2019 wird beispielsweise deutlich: die Menschen vertrauen regulativen Institutionen wie der Polizei und Gerichten stärker als repräsentativen Institutionen wie Parlamenten, Parteien und Regierungen.¹

¹ Bertelsmann Stiftung: Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, Gütersloh 2019, S. 72.

Im Hinblick auf einerseits *Demokratie*, die in Deutschland und Europa vornehmlich repräsentativ ist, und andererseits *Vertrauen*, möchte ich drei Aspekte unseres Gemeinsamen Wortes ansprechen, die ich für besonders beachtenswert halte:

- die Bedeutung geschriebener Voraussetzungen für unser Gemeinwesen,
- deren Verbindung – nach Ernst-Wolfgang Böckenförde – mit ungeschriebenen Voraussetzungen sowie
- die Rolle von Entscheidungen auf unterschiedlichen politischen Ebenen, womit ich insbesondere die Europäische Union adressiere.

II.

Vertrauen in die Demokratie ist nichts Selbstverständliches. Die Demokratie in Deutschland und Europa lebt von geschriebenen und von ungeschriebenen Voraussetzungen, ohne deren Einhaltung sie nicht nachhaltig existieren kann. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält einen großen Katalog solcher geschriebener Voraussetzungen. Besonders thematisieren möchte ich den Rechtsstaat, den Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika *Centesimus annus* (1991) mit der *Grundlage einer richtigen Auffassung vom Menschen*² verbindet.

In unserem Staat ist das Handeln von Regierung und Verwaltung gesetzlich geregelt von unabhängigen Gerichten überprüfbar: Es gelten die Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit. Staatliche Willkür wird ausgeschlossen und ein Kennzeichen des Rechtsstaates ist die Gewaltenteilung. Dass der Rechtsstaat für die Menschen im Land *Rechtssicherheit* schafft, ist ein wesentlicher Faktor zur Schaffung und Stärkung von Vertrauen in unser demokratisches Gemeinwesen.

Unser Gemeinsames Wort unterstreicht die Notwendigkeit der Herrschaft des Rechts: In einer Demokratie steht das Volk nicht über dem Recht, in dem es sich in Gestalt einer Verfassung selbst einen Rahmen gesetzt hat. Wir wollen mit diesem Text und unserem Engagement aus christlicher Überzeugung innerhalb dieses gesetzten Rahmens unsere Verantwortung für die Demokratie als Regierungsform der Freiheit wahrnehmen.

III.

Die rechtliche Regelung staatlichen Handelns und gesellschaftlichen Miteinanders allein genügt jedoch nicht. Es muss auch einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur Einhaltung der demokratischen Regeln und Normen geben. Es braucht die Einhaltung ungeschriebener Voraussetzungen der Demokratie in Form einer „*demokratischen Sittlichkeit*“. Dies umfasst wesentlich den Respekt des jeweils anderen, die Anerkennung demokratischer Spielregeln, eine Bereitschaft zum Kompromiss sowie die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, selbst wenn man anderer Meinung ist.

² Johannes Paul II.: Enzyklika *Centesimus annus*, Nr. 46, S. 41, in: http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/encyclicals/documents/hf_jp-ii_enc_01051991_centesimus-annus.pdf (03.04.2019).

Das Wissen um die Einhaltung dieser ungeschriebenen Voraussetzungen stärkt das Vertrauen in unsere Demokratie und hält es auch dann aufrecht, wenn auf bislang *Vertrautes* ökonomische oder soziale Veränderungen einwirken. Gerade hier knüpft das Gemeinsame Wort an das Vorgängerwort *Demokratie braucht Tugenden* von 2006 an. Stärker jedoch als 2006 stehen die Auswirkungen der Digitalisierung im Fokus. Demokratische Sittlichkeit ist überall erforderlich, sowohl analog als auch digital!

Wir Kirchen werben dafür, eine „*demokratische Sittlichkeit*“ einzuhalten und zu gestalten. Dies erfordert persönliche Teilhabe und aktive Teilnahme an freien und pluralen demokratischen Prozessen. Im fairen und respektvollen Ringen um Mehrheiten müssen Rechte von Minderheiten geachtet und klare Regeln eingehalten werden. Zu den „*guten Sitten der Demokratie*“ zählen die Übernahme individueller Verantwortung und eine Orientierung am Gemeinwohl. Wer verantwortlich handelt, stärkt Vertrauen.

IV.

In den internationalen Beziehungen werben wir für den Multilateralismus. In Europa ist damit vor allem die Europäische Union verbunden. Als Projekt des Friedens gestartet, wurde im Laufe der letzten 70 Jahre aus einer anfänglich rein wirtschaftlichen Kooperation eine Union, die auf gemeinsamen Werten und Prinzipien beruht. Doch auch multilaterale Institutionen und Prozesse bedürfen der demokratischen Legitimation und der Akzeptanz in der Bevölkerung.

Das erfordert eine wirksamere Kommunikation sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. So würde deutlich, dass in einem multilateralen und supranationalen Europa viele Akteure an der Willensbildung teilhaben und dass *Brüssel* kein monolithisch-bürokratisches Monstrum ist. Wenn die Bürgerinnen und Bürger durch Bildung und Information das Europäische verstehen, können sie es sich zu eigen machen und Vertrauen aufbauen.

Wir Kirchen in Deutschland stehen ein für ein multilaterales, subsidiär geordnetes Europa, das solidarisch auf den Ausgleich der verschiedenen Interessen hinwirkt. Wir verstehen Europa nicht nur als Union von Staaten oder als wirtschaftliche Kooperation von Unternehmen. Vielmehr ist das Friedensprojekt Europa für uns eine Union der Bürgerinnen und Bürger, die für unser gemeinsames europäisches Haus Verantwortung übernehmen.

V.

Wenn wir als Kirchen und als Gesellschaft also das Vertrauen in die Demokratie stärken möchten, müssen wir uns zuvorderst darüber klar werden, dass dieses Vertrauen nicht selbstverständlich ist. Eine faire Teilhabe und respektvolle Teilnahme am demokratischen Wettstreit erfordern die Setzung geschriebener Regeln und die Einhaltung ungeschriebener Voraussetzungen. Das gilt im nationalen Kontext genauso wie im europäischen Rahmen. Wenn wir im Wissen um das Gemeinsame wechselseitig Verantwortung übernehmen, stärken wir unsere Demokratie und erhalten sie als Regierungsform der Freiheit.

Vielen Dank!